

1 Resolution

2 „Aufgaben der Sparkassen und Genossenschaftsbanken als 3 kommunale/regionale Geldinstitute erhalten!“

4 *SPD Unterbezirksvorstand Region Hannover*

5 Die Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien der Sparkassen und Genossenschaftsbanken
6 in der Region Hannover werden aufgefordert, alles dafür zu tun, dass die Sparkassen und
7 Genossenschaftsbanken auch weiter ihre Aufgabe als kommunale/regionale Geldinstitute
8 wahrnehmen können, um weite Teile der Bevölkerung nicht nur mit Konten und
9 Immobilienfinanzierungen zu versorgen, sondern auch eine von den Großbanken unabhängige
10 Finanzierung des Handwerks und der regionalen Wirtschaft sicherzustellen. Dazu gehört für
11 uns auch, durch geeignete Angebote Präsenz in der Fläche zu gewährleisten.

12 Es soll zudem geprüft werden, ob es Möglichkeiten gibt, die Kontogebühren für Menschen mit
13 geringen Einkommen zu senken.

14 Die Vertreter in der Verbandsorganisation der Sparkassen sollen durch die Überarbeitung der
15 entsprechenden Richtlinien darauf hinwirken, dass sich die Einkommens-, und
16 Versorgungseinkünfte der Sparkassenvorstände nicht weiter von der Entwicklung der
17 Reallöhne der arbeitenden Bevölkerung abkoppeln.

18 Die SPD Abgeordneten des Landes, des Bundes und des Europaparlaments werden
19 aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Regulierungsbedingungen nicht den Bestand der
20 Sparkassen und Genossenschaftsbanken gefährden.

21 Begründung:

22 Sparkassen und Genossenschaftsbanken spielen auch heute eine herausragende Rolle für
23 weite Teile der Bevölkerung zur Teilhabe am Geld- und Finanzverkehr. Wir Sozialdemokraten
24 wollen auch weiterhin Banken mit einer Gemeinwohlorientierung und einem Regionalprinzip
25 als verlässliche Säule neben den großen Bankkonzernen. Die Niedrigzinspolitik der
26 europäischen Zentralbank und die Anwendung von Regulierungskriterien, die für
27 internationale Großbanken entwickelt wurden, gefährden innerhalb der nächsten Jahre das
28 Geschäftsmodell der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Um wirtschaftlich überleben zu
29 können, haben beide in der Region Hannover erhebliche Filialschließungen beschlossen, die wir
30 auf Grund der Auswirkungen für die Bevölkerung dem Grunde nach ablehnen, deren
31 Notwendigkeit für das wirtschaftliche Überleben allerdings nachvollziehbar dargestellt
32 wurden. Auch die Einführung von Kontogebühren belastet gerade Menschen mit geringem
33 Einkommen und eine Senkung wäre wünschenswert. Welche Möglichkeiten es hierzu gibt,
34 muss in den zuständigen Gremien bearbeitet werden. Die Gewinnmöglichkeiten der
35 vergangenen Jahre mussten in die erhöhten Anforderungen zur Eigenkapitalquote eingebracht

36 werden, zeitgleich sind die Verwaltungskosten durch die Auflagen der Regulierungsbehörden
37 massiv gestiegen. Ein Ende ist nicht erkennbar.

38 Deshalb ist es notwendig, dass unsere Vertreterinnen und Vertreter auf allen politischen
39 Ebenen darauf hinwirken, dass ungleiche Geschäftsmodelle und ungleiche Risiken nicht
40 gleichbehandelt werden. Gelingt es hier nicht zu einer sach- und risikogerechten Regulierung
41 zu kommen, sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken innerhalb weniger Jahre in ihrer
42 Existenz bedroht.

43 Die Vorstandsgehälter der Sparkassenvorstände haben wie in anderen Bereichen der
44 Geldwirtschaft anderen zugemutete Einbußen durch die Wirtschaftskrise unbeschadet
45 überstanden. Natürlich brauchen auch Sparkassen qualifizierte Vorstände, trotzdem sollte
46 durch eine Überarbeitung der Richtlinien des Sparkassen- und Giroverbandes Niedersachsen
47 der eingetretenen Entwicklung entgegengewirkt werden. Das gilt insbesondere für die
48 Versorgungsansprüche, die sich - anders als die Gehaltshöhen - noch am Beamtenrecht
49 orientieren.